Fünf Forderungen an das Land

Folgerungen aus der Lage in den Gemeinden für die Landesebene.

Diskussionspapier. Erstveröffentlichung: 9. September 2026. Letzte Aktualisierung: 27. Oktober 2026 (sprachlich überarbeitet, inhaltlich unverändert).

In zehn Gemeinden werden Rechenzentren geplant oder gebaut, mit zusammen rund 2 Gigawatt (2.000 Megawatt) bei den Vorhaben, für die eine Leistung öffentlich bekannt ist. In vier weiteren Gemeinden liegt keine solche Angabe vor. Über jedes Vorhaben entscheidet die jeweilige Gemeindevertretung für sich. Eine Betrachtung aller Vorhaben zusammen findet nicht statt.

Die Landesregierung hält eine Steuerung für nicht notwendig. Sie begründet das damit, dass sich die Standortwahl ohnehin aus dem Netzausbau ergebe. Die Beispiele Busdorf und Langenhorn sprechen dagegen: Busdorf hat für 200 Megawatt eine Höhe von zwölf Metern festgesetzt, in Langenhorn werden bei 150 Megawatt 27,5 Meter diskutiert. Beide Vorhaben hängen am selben Netz. Die Unterschiede ergeben sich aus dem, was die einzelne Gemeinde aushandelt.

Forderungen

1 · Bestandsaufnahme aller vorliegenden Anfragen, veröffentlicht

Standort, Leistung, Projektierer, Verfahrensstand, Netzanschlusspunkt, Wärmesenke. Die Angaben liegen bei Staatskanzlei, Landesplanung und Netzbetreibern vor und müssten nur zusammengeführt werden. Die Landesregierung sieht keine Gefahr von Industrieruinen; eine solche Übersicht wäre die Grundlage, diese Einschätzung zu belegen.

2 · Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplans

Für Rechenzentren oberhalb einer Schwelle, etwa zehn oder zwanzig Megawatt. Für Windenergie, Rohstoffabbau und großflächigen Einzelhandel steuert das Land seit Langem, für Rechenzentren dieser Größe gibt es keine Vorgabe. Verlässliche Regeln liegen auch im Interesse der Investoren.

3 · Die zulässige Größe an die aufnehmbare Wärmemenge binden

80 bis 90 Prozent der eingesetzten Energie fallen als Abwärme an. Die Wärmeliniendichtekarte im Digitalen Atlas Nord liegt seit Juli 2025 vor, alle 1.104 Kommunen planen ihre Wärmeversorgung. Was fehlt, ist die Verknüpfung dieser Daten mit der Standortentscheidung.

4 · Musterbausteine für städtebauliche Verträge bereitstellen

Offenlegung des Endbetreibers, Abwärmequote, Sicherheitsleistung für Erschließung und Rückbau, Höhenbegrenzung, gesicherter Netzanschlusspunkt. Eine Gemeinde mit 3.400 Einwohnern verhandelt mit den Anwälten eines Milliardenvorhabens. Musterbausteine wären für das Land mit geringem Aufwand verbunden und würden die Verhandlungsposition jeder betroffenen Gemeinde sofort verbessern.

5 · Öffentliche Ankernutzer sondieren

Land, Kreise, Kliniken, Hochschulen und kommunale Unternehmen ermitteln ihren eigenen Bedarf an Rechenleistung und schreiben ihn mit Kriterien zur digitalen Souveränität aus. Öffentliche Nachfrage kann kleinere Standorte wirtschaftlich tragfähig machen. Das Instrument dafür ist das Vergaberecht, das dem Land sofort zur Verfügung steht.

Abgrenzung

Kein Moratorium

Rechenleistung wird gebraucht, und das Land erzeugt weit mehr Strom, als es verbraucht. Die Forderungen betreffen Größe, Ort und Bedingungen von Rechenzentren, nicht ihre Zulässigkeit.

Kein Ausschluss einzelner Betreiber

Über die Bauleitplanung wäre das rechtlich nicht möglich, und es ist auch nicht erforderlich. Für Hyperscaler lohnt sich ein Standort von 15 bis 20 Megawatt nicht, sie bewerben sich darauf in der Regel nicht. Infrage kommen dann Anbieter, für die diese Größe passt, darunter deutsche Unternehmen.

Keine Verlagerung

Wird das Vorhaben in Langenhorn nicht verwirklicht, verschwindet die Nachfrage nicht. Sie verlagert sich dann möglicherweise an Standorte wie Leck oder Schuby, ohne Wärmesenke und ohne vergleichbare Bedingungen. Das wäre kein Gewinn. Deshalb braucht es Regeln auf Landesebene.

> **Erster Schritt.** Forderung 1, die Bestandsaufnahme, gemeinsam getragen von Umweltverbänden und betroffenen Kommunen. Sie verursacht kaum Kosten und ist Voraussetzung dafür, dass sich das Land mit dem Thema als Ganzem befasst.